



## Aus Leserbriefen und Zuschriften

### Kandidaten haben beratende Stimme

Warum können die Kandidaten der Partei nicht an Abstimmungen und Wahlen zu den leitenden Parteiorganen teilnehmen? Diese Frage wurde im Zusammenhang mit der Diskussion über den Entwurf des Statuts in mehreren Grundorganisationen, zum Beispiel in Potsdamländ und in einer Wohnparteiorganisation in Berlin-Lichtenberg, diskutiert. Einige Genossen vertraten die Ansicht, die Partei solle den Kandidaten in den Versammlungen beschließende Stimme geben. Das widerspricht nach meiner Meinung aber dem Sinn der Kandidatenzeit. Im Punkt 18 des Entwurfs des Statuts wird das auch eindeutig erläutert.

Die Kandidatenzeit ist doch festgelegt worden, damit sich die Kandidaten mit dem Programm der Partei und dem Statut gründlich vertraut machen, sich in ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit bewähren und sich so auf die Mitgliedschaft in der Partei vor bereiten. Zugleich erhalten die Parteiorganisationen durch die Kandidatenzeit die Möglichkeit zu überprüfen, ob die Kandidaten

würdig oder nicht würdig sind, als Mitglied aufgenommen zu werden.

Die **Formulierung** des Punktes 21 im Entwurf des Statuts läßt jedoch Unklarheiten zu. Dort heißt es: „Die Kandidaten haben die gleichen Pflichten und Rechte wie die Mitglieder, mit Ausnahme des Rechts, in leitende Parteiorgane gewählt zu werden und an Abstimmungen zur Wahl dieser Organe teilzunehmen.“

Mein Vorschlag ist daher, eindeutiger zu sagen, daß die Kandidaten der Partei an der gesamten Tätigkeit der Parteiorganisation teilnehmen, aber auf den Versammlungen nur beratende Stimme haben.

Vielleicht sollte so formuliert werden: **„Die Kandidaten der Partei nehmen an der gesamten Tätigkeit der Parteiorganisation mit den gleichen Pflichten und Rechten wie die Mitglieder teil. Sie haben jedoch auf den Versammlungen nur beratende Stimme. Sie können nicht in leitende Parteiorgane oder als Delegierte gewählt werden und nicht an den Wahlen dazu teilnehmen.“**

Erich Beiger

### Als Genosse mir selbst überlassen

Auf dem 17. Plenum des ZK unserer Partei wurde gefordert, u. a. über den Entwurf des Parteistatuts zu diskutieren. Ich bin Kandidat der Partei und möchte diese Gelegenheit benutzen, um meine „Sorgen“ an die Parteiführung heranzutragen.

Im Referat des Genossen Walter Ulbricht und im Parteistatut wird davon gesprochen, daß auch die Partei nach dem Produktionsprinzip aufgebaut und geleitet werden muß. Ich halte das für sehr wichtig. Ich würde mich freuen, wenn

diese Forderung in der Praxis dazu führen würde, daß dieses Prinzip nicht nur auf reine Produktionsbetriebe angewandt wird»

Mir geht es um folgendes: Ich bin Kandidat der Pharmazie und arbeite zur Zeit in der „Sertürner-Apotheke“ in Neuenhagen bei Berlin. Sicher ist bekannt, daß es in unserem Beruf sehr wenig Genossen gibt. Diese wenigen Genossen haben aber keine Gelegenheit, zusammenzukommen und parteimäßig über ihre Arbeit, ihre beruflichen Pflichten als